

Perspektive 2030: Suffizienz in der Praxis

Wie Kommunal- und Bundespolitik eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Mobilität, Materialverbrauch, Energie, Landwirtschaft und Ernährung gestalten können

Ein Impulspapier



Inhalt

Vorwort	3
---------	---

1	Mehr Mobilität – mit weniger Verkehr	6
2	Materialverbrauch senken – Reparatur fördern	11
3	Für eine ökologische Landwirtschaft	15
4	Energieverbrauch senken	19

Ausblick: Lebensstile ändern, ohne wirklich zu verzichten	26
---	----

Endnoten	27
----------	----

Förderhinweis:

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Impressum: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) · Friends of the Earth Germany · Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin · Tel.: 030/27586-40 · info@bund.net · www.bund.net · Redaktion: Jenny Blekker, Christine Wenzl · Lektorat: Stephan Börnecke · Text/fachliche Unterstützung: Rolf Buschmann, Irmela Colaço, Almut Gaude, Jens Hilgenberg, Werner Reh, Katrin Wenz · Infografiken: Judith Keller · Fotos: Titelseite: Giso Bammel/fotolia.com, S. 8 – ADAC/Daniel Rentzsch, S. 13 – Netzwerk Reparatur-Initiativen/Sarah Schill, S. 14 – BUND Berlin e.V., S. 17 – [istock.com/Steve Debenport](https://www.istock.com/SteveDebenport), S. 20 – [photocase.de/margie](https://www.photocase.de/margie), S. 22 – [photocase.de/suze](https://www.photocase.de/suze), S. 23 – [photocase.de/simonthon.com](https://www.photocase.de/simonthon.com), S. 24 – [iStock.com/VYCHEGZHANINA](https://www.istock.com/VYCHEGZHANINA), S. 26 – [photocase.de/Juttaschnecke](https://www.photocase.de/Juttaschnecke) · V.i.S.d.P.: Yvonne Weber Gestaltung: N & U GmbH · Druck: dieUmweltdruckerei; 2017

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die natürlichen Ressourcen sind begrenzt, genau wie die Aufnahmekapazität der Erde für Schadstoffe. Klimakrise und Artenverlust, Überdüngung der Felder und Überfischung der Meere, Verkehrschaos auf den Straßen und Feinstaub in den Städten – all diese Probleme führen uns jeden Tag vor Augen, dass wir die Grenzen nachhaltigen Lebens auf der Erde längst überschritten haben.

Dem steht die Idee einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung gegenüber. Sie zielt darauf ab, verantwortungsbewusst mit allen Ressourcen umzugehen, damit heutige und künftige Generationen überall auf der Erde ein Leben in Würde führen können – entsprechend ihren Bedürfnissen.

Ehrgeizige Ziele, aber zu wenig Engagement

Deutschland hat sich mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDG) international bereits zu ehrgeizigen Zielen bis zum Jahr 2030 verpflichtet. Aber es muss sich Entscheidendes ändern, damit eine engagierte Energie-, Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik auch tatsächlich dazu beitragen, die Ziele zu erreichen. Langfristiges Denken und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit müssen steter Handlungsauftrag sein, und zwar über Legislaturperioden hinaus. Deshalb sollte Deutschland sich für schärfere und verbindliche europäische Klimaziele einsetzen und einen ambitionierten Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleenergie festlegen. Das Land muss den täglichen Flächenverbrauch drastisch reduzieren und den ökologischen Landbau stärken – unserer Gesundheit, der Schonung der Ressourcen und der Artenvielfalt zuliebe.

Dafür sind zwei Leitgedanken fundamental. Die planetaren Grenzen müssen erkannt, anerkannt und akzeptiert werden. Und zweitens: Suffizienzpolitik muss zu einem leitenden Motiv der deutschen Nachhaltigkeitspolitik werden.

Suffizienz als Schlüssel für unsere Vision

So sieht unsere Vision einer nachhaltigen Entwicklung aus: Eine naturverträgliche Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien. Nachhaltige Mobilität. Ökologische Landwirtschaft auf ganzer Fläche. Bewahrung der biologischen Vielfalt. Und internationale Gerechtigkeit im wirtschaftlichen Handeln. Diese Vision kann nur dann real werden, wenn wir die Suffizienz zu einem zentralen Baustein unserer politischen Strategie machen. Es gilt, eine Trendwende herbeizuführen und unseren überdimensionierten Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren – und absolut zu begrenzen.

Denn die Aufgabe, die vor uns liegt, ist groß. Das zeigt sich am Beispiel Klimaschutz besonders nachdrücklich: Damit das bei der UN-Klimakonferenz in Paris verabschiedete 1,5-Grad-Ziel erreicht werden kann, muss Deutschland einen fairen Beitrag leisten. Deshalb müssen wir den CO₂-Ausstoß in Deutschland schon deutlich vor 2050 um mindestens 95 Prozent verringern.

Allein über ein hohes Maß an Effizienz und mit technischen Lösungen wird es nicht gelingen, diese Herausforderungen zu meistern. Erforderlich ist, die Art und Weise, wie wir wirtschaften, grundlegend zu ändern. Nur wenn die Politik andere Werte als das andauernde (quantitative) Wirtschaftswachstum zum Maß ihres Handelns macht, können wir die Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreichen.

Das rechte Maß: Suffizienz – eine Definition

Der Begriff Suffizienz (von lat. *sufficere*, dt. ausreichen) steht in der Ökologie für das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff-, Energie- und Flächenverbrauch sowie die Anerkennung natürlicher, ökologischer sowie sozialverträglicher Grenzen. Hinter ihm stehen die Begrenzung des wirtschaftlichen Wachstums und die Auffassung, dass auch verminderter Ressourcenanspruch oder Verbrauch ein zufriedenstellendes Leben ermöglichen. Es geht darum, „das richtige Maß“ zu finden und nicht auf Kosten kommender Generationen und der Menschen im globalen Süden zu leben. Verstanden werden kann die Suffizienz somit auch als Änderung der vorherrschenden Konsummuster und als Entkommerzialisierung. Dabei geht es dem BUND – so wichtig jeder individuelle Beitrag ist – in erster Linie darum, die politischen Rahmenbedingungen und Strukturen zu ändern und nachhaltige Lebensstile zu ermöglichen. Kurz: um Suffizienzpolitik.

Mit dem vorliegenden Dossier wollen wir Mut machen

Trotz der großen Aufgaben und der nötigen grundlegenden Veränderungen gibt es keinen Grund zu zögern oder gar den Kopf in den Sand zu stecken. Denn es gibt bereits einige gute politische Ansätze und praktikable, erprobte und motivierende Initiativen, die den Leitgedanken mit Leben füllen und zeigen, dass ein (Werte-)Wandel begonnen hat.



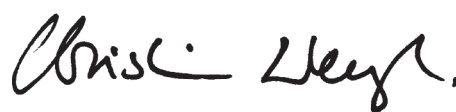
Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND

Ohne das große Ziel aus den Augen zu verlieren, lohnt es zu überlegen, welche vielfältigen politischen Maßnahmen auf kommunaler und auf Bundesebene hier und heute notwendig, möglich und machbar sind. Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, welche Impulse und Anreize kann die Politik setzen?

Mit dem vorliegenden Dossier veranschaulichen wir für vier ausgewählte Bereiche (Mobilität, Materialverbrauch, Landwirtschaft und Ernährung sowie Energie sparen), wie eine konsequente Suffizienzpolitik aussehen kann. Wir zeigen jeweils, welche guten Initiativen es schon gibt. Was Kommunen tun können. Und was die Bundesregierung umsetzen muss. Und wir werden konkret: Wie könnte der erste Schritt aussehen?

Der BUND lädt ein zur Diskussion

In der bevorstehenden gesellschaftlichen Diskussion geht es um die Schritte, die Politiker*innen und andere Akteur*innen – kommunal und bundesweit – in Angriff nehmen können und müssen. Wir laden dazu ein, die Vorschläge und Forderungen dieses Dokuments zu diskutieren, sie zu ergänzen und zu erweitern – und wo möglich in politisches Handeln zu übersetzen. Wir hoffen auf diesem Weg einen Beitrag zu leisten für den notwendigen Wandel hin zu einer Gesellschaft, in der niemand auf Kosten anderer leben muss.



Christine Wenzl
Leiterin Nachhaltigkeit



Umweltschädliche Subventionen

Vorangestellt: Subventionsabbau. Eine zentrale Stellschraube

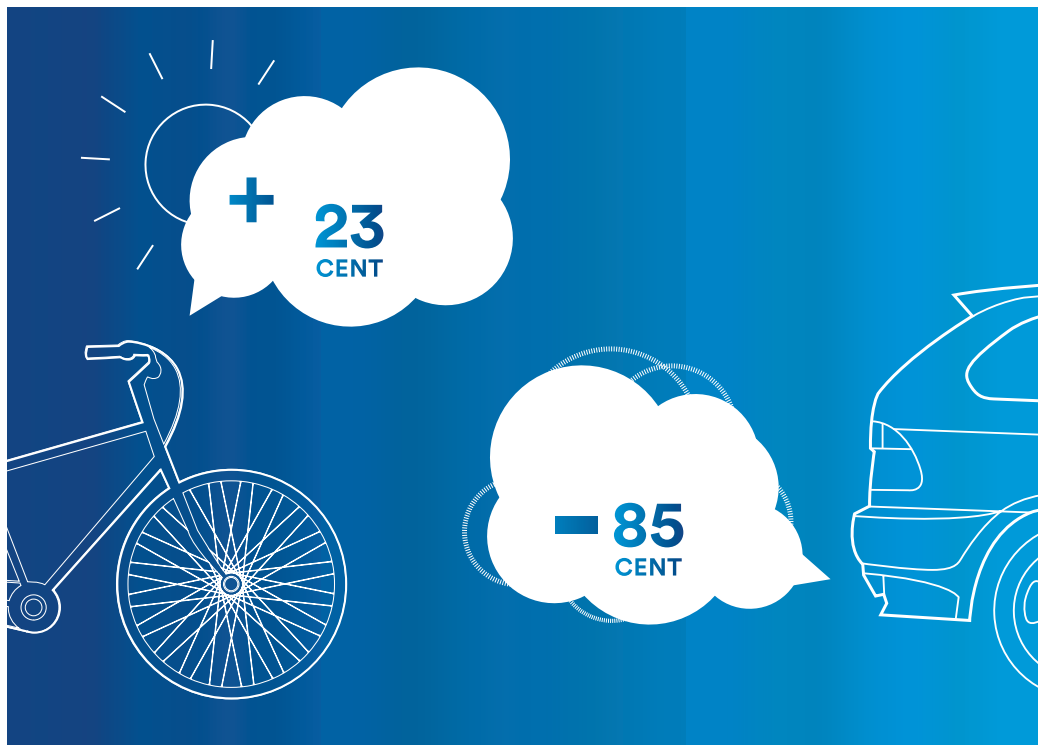
Durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie eine sozial-ökologische Steuerreform könnte die Politik sofort Veränderungen einleiten.

Heute stützt die Politik allzu oft die Ausbeutung und Zerstörung von Ressourcen oder duldet sie mindestens. So fließen nach Berechnungen des Umweltbundesamtes allein in Deutschland jährlich mehr als 57 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen, zum Beispiel in klimaschädliche Kohlekraftwerke oder in den mindestens genauso problematischen Flugverkehr. Allein durch die Nichtbesteuerung von Kerosin entgehen dem Staat jährlich 6,92 Milliarden Euro Steuern (2010). Das Dienst- und Firmenwagenprivileg schlägt mit rund 500 Millionen Euro zu Buche, die Energiepreisvergünstigungen für die Industrie kosten sogar 14,8 Milliarden Euro (2014). Die geringere Besteuerung von Diesel im Vergleich zu Benzin wird auf einen Einnahmeverlust von jährlich 7,05 Milliarden Euro beziffert. In einem ersten Schritt müssen diese Subventionen abgebaut werden. Parallel sollte die Einführung oder Anhebung von Umweltsteuern dazu führen, dass das ökologisch und sozial

Richtige auch das ökonomisch Vernünftige ist. Wer sich ökologisch und sozial verhält, soll dafür nicht länger finanziell bestraft werden. Wer externe Kosten verursacht, der muss zahlen. Bisher berücksichtigen viele bestehenden Steuern nur einen kleinen Teil der externen Kosten, die der Gesellschaft durch Umweltschäden entstehen.

Eine sozial-ökologische Finanzreform wäre daher effektiver Umweltschutz, der den Staat kein Geld kostet, sondern im Gegenteil die finanziellen Spielräume des Staates erheblich erweitert. Mit diesen Mitteln könnte der ökologische Umbau unserer Gesellschaft finanziert werden, ohne Menschen mit geringem Einkommen zu benachteiligen: Andere Steuern oder Abgaben (etwa auf Arbeit) werden gesenkt, Förderprogramme für Energieeffizienz oder soziale Begleitmaßnahmen finanziert. Je nach Ausgestaltung ist es dann also möglich, nicht nur ökologische, sondern auch soziale Vorteile zu erzielen.

1 Mehr Mobilität – mit weniger Verkehr



Weil Fahrradfahren gut für die Gesundheit und die Umwelt ist, entsteht dabei ein gesellschaftlicher Nutzen – 23 Cent pro gefahrener Kilometer. Die gesellschaftlichen Kosten eines Kilometers, der mit dem Auto zurückgelegt wurde, belaufen sich hingegen auf 85 Cent.

Ungebremstes Wachstum: Verkehr erzeugt heute mehr CO₂-Emissionen als 1990

In den Städten leiden die Menschen unter Asthma, Kopfschmerzen, Schwindel. Ein Grund: Stickoxide. Sie verursachen mehr als 12.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr in Deutschland und stammen überwiegend von Dieselfahrzeugen. Jahr für Jahr werden in deutschen Städten die vorgegebenen Höchstgrenzen überschritten. Hersteller und Politiker versagen bislang, die gesetzlich festgeschriebenen Grenzwerte für die Pkw einzuhalten, obwohl sie EU-weit gelten.

Neben schädlichen Stoffen aus Abgasen setzt uns auch der Verkehrslärm zu. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung fühlt sich durch Straßenverkehrslärm belästigt. Selbst dann, wenn man sich an die vielbefahrene Straße vor der Wohnung gewöhnt zu haben: Verkehrslärm beeinträchtigt das psychische und soziale Wohlbefinden und erhöht das Herzinfarktrisiko.

Auch die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr steigen seit Jahren wieder an. Als einziger Sektor erzeugt der Verkehrssektor heute mehr Treibhausgase als 1990. Statt – wie es das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 von der Bundesregierung verlangt – den Ausstoß von Treibhausgasen um 7 bis 10 Millionen Tonnen zu reduzieren (gegenüber 2012), wird er bis 2020 um etwa 25 Millionen Tonnen zunehmen. Das deutsche Klimaziel für 2020 (40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990) wird deshalb mit großer Sicherheit deutlich verfehlt werden.

Bundespolitik befördert negative Trends

Diese Auswirkungen des derzeitigen Verkehrssystems in Deutschland sind fatal. Noch fataler ist, dass die Politik auf Bundesebene die negativen Trends auch noch fördert. Unermüdlich setzte sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für laxen Abgas- und CO₂-Grenzwerte für Pkw ein. Grob fahrlässig agierte die Politik sogar bei der Kontrolle dieser Abgasgrenzwerte.

Gute Nachrichten: Paradigmenwechsel in den Städten, neue Ideen auf dem Land

Allen Widerständen der Bundespolitik zum Trotz zeichnet sich gesellschaftlich ein Paradigmenwechsel ab. Er wird in vielen Städten und Gemeinden mit positiven Trends hin zu einer nachhaltigen Mobilität und zu mehr Suffizienz im Verkehrsverhalten sichtbar.

Beispiel Berlin:

Fahrräder statt Autos

So hat in Berlin ungeachtet des stetigen Zuzugs von Menschen (die Bundeshauptstadt wuchs in den letzten Jahren um 40.000 Menschen pro Jahr, im Jahr 2016 sogar um 60.000) der Autoverkehr nicht zugenommen. Im Gegenteil: Er ging in den vergangenen 15 Jahren um zehn Prozent zurück. Parallel verdoppelte sich der Fahrradverkehr in den letzten zehn Jahren. Die Tempo-30-Zonen wurden in Berlin ausgeweitet. Das alles zeigt Wirkung: Der CO₂-Ausstoß aus dem Verkehr ist in Berlin mit 1,5 Tonnen pro Kopf und Jahr deutschlandweit der niedrigste – zum Vergleich: In Hamburg sind es vier Tonnen pro Einwohner.

Beispiel Bremen:

Es geht auch ohne Privatwagen

Die Hansestadt steht hierzulande als Synonym für eine nachhaltige Verkehrspolitik und zudem für eine gute Bürgerbeteiligung. Weil die Öffentlichkeit zusammen mit den Trägern öffentlicher Belange arbeiten konnte, entstand ein zukunftsorientierter Flächennutzungsplan. Die vorbildlichen Ziele: ÖPNV-, Fuß- und Radverkehrssysteme werden zu einer vollwertigen Alternative zum Pkw ausgebaut, der Pendlerverkehr reduziert und kurze Wege gefördert.

Bereits heute schaffen „Mobilitätspunkte“ in Bremen eine Alternative zum privaten Pkw-Besitz. Die Straßen werden freier, denn hier ersetzt ein geteiltes Auto jetzt zehn private.¹ Das Konzept vom „Nutzen statt Besitzen“ – sofern richtig eingesetzt – ist ein wichtiger Baustein für die Mobilität der Zukunft. In fast allen Städten nehmen seit Jahren auch Leihfahrräder zu.

Beispiel Dresden:

Leihen statt kaufen

Besonders erfreulich sind nicht-kommerzielle Angebote wie in der Dresdener Neustadt, wo dank dem Einsatz des BUND-Landesverbands Sachsen und des ADFC Dresden ein Lastenrad ausgeliehen werden kann, umsonst bzw. gegen Spende – um damit klimafreundlich und gesundheitsfördernd Transporte in der Stadt zu erledigen.

Beispiel Land:

Bürger- und Rufbusse

Gerade im ländlichen Raum ist mangelnde Infrastruktur häufig der Grund dafür, dass die Menschen auf private Pkw angewiesen sind. Doch es gibt auch hier Alternativen: Bürgerbusse oder auch private Autos fahren nach bedarfsorientierten Fahrplänen, meist mit ehrenamtlichen Fahrern, und ermöglichen es Bewohner*innen von dünn besiedelten Gebieten, zum Einkaufen, zum Arzt, zu Freizeiteinrichtungen oder zur nächsten ÖPNV-Haltestelle zu gelangen. Inzwischen setzen auch öffentliche Verkehrsbetriebe – wie der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen oder die Oberhavel Verkehrsgesellschaft – Bürgerbusse, Rufbusse oder Linientaxis ein. Im ländlichen Raum werden regelmäßig und unregelmäßig organisierte Mitfahrgelegenheiten in privaten Pkw eine zunehmend größere Rolle spielen: Sie machen Privatautos zu öffentlichen Autos, und die Mitnahme kann mit Hilfe von Smartphones oder digitalen Plattformen organisiert werden.²

Diese Beispiele sind nur ein Ausschnitt dessen, was Bürger*innen und Gemeindevertreter*innen bereits heute für eine zukunftsfähige Mobilität unternehmen. Pilotprojekte der Städte und Kommunen verdienen es, ausgeweitet und unterstützt zu werden. Hier ist die Bundesregierung gefragt, Mittel bereitzustellen, Rahmenbedingungen neu zu setzen und ihre auf Beton und Pkw ausgerichtete Verkehrspolitik zu beenden.



Der kostenlose Lastenradverleih in Dresden macht es möglich, auch mit schwerer Beladung den Stau auf der Straße umweltfreundlich zu umgehen.

Die Infrastrukturplanung für Deutschland verschärft die Umwelt- und Gesundheitsprobleme: Statt auf die Vermeidung von Verkehr, einen effizienteren Ressourceneinsatz bei den Fahrzeugen und auf die Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu setzen, fördert die Bundesregierung vor allem überdimensionierte und überteuerte Straßen und kurbelt den Pkw- und Lkw-Verkehr weiter an. So wird auf Jahrzehnte eine für Mensch, Natur und Klima schädliche Entwicklung zementiert.

Nachhaltige Mobilität würde dagegen neben ökologischen Zielen auch mehr Mobilität für alle bedeuten sowie einen Beitrag für ein ökonomisch effizientes Verkehrssystem und für die Energiewende im Verkehr leisten.

BUND-Vorschläge für eine zukunftsfähige und suffiziente Kommunal- und Bundespolitik

Der BUND setzt sich seit Jahrzehnten für eine intelligente Verkehrspolitik ein. Die Weichen für mehr Mobilität auf der einen und weniger Verkehr auf der anderen Seite müssen endlich gestellt, das Geld in die richtigen Projekte gesteckt werden. Dazu zählt das Umsatteln vom Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie das Fahrrad. Sowohl die Kommunalpolitik als vor allem auch die Bundespolitik sind gefragt!

Fahrrad, Carsharing, E-Mobilität: Wo brauchen wir Suffizienzpolitik?

Großes Potenzial liegt darin, Verkehr zu vermeiden und vom Auto auf umweltfreundliche Alternativen zu verlagern. Für Zukunftsthemen wie die E-Mobilität sind Suffizienzfragen hochgradig aktuell. Jetzt werden die Weichen gestellt: Wie schwer, wie leistungsstark können und sollten Pkw im Jahr 2020 oder 2030 (noch) sein, damit dies noch mit der naturverträglichen Energiewende vereinbar ist?

Neben Effizienzkriterien für E-Autos – etwa im Rahmen der EU-Ökodesign-Richtlinie – plädiert der BUND dafür, jede Förderung von E-Mobilität an klare Kriterien zu knüpfen und vor allem auf den ÖPNV, insbesondere die Busse, sowie auf Autos mit Mehrfachnutzen (Taxis, Lieferdienste, Carsharing) zu konzentrieren. Für den Umstieg auf die E-Mobilität gilt: Unser Hauptaugenmerk muss darauf liegen, Verkehr zu vermeiden und zu verlagern – und Mobilität mit einem klugen Mix aus umweltfreundlichen Alternativen nachhaltig zu gestalten.

Nahversorgung und öffentlicher Nahverkehr: Was Kommunen tun können

Ein Ziel für lebenswerte Innenstädte liegt darin, die Umweltzonen unserer Städte frei von Auto-Emissionen zu bekommen. Dafür muss der private Autoverkehr schrittweise aus der Innenstadt verschwinden. Gleichzeitig gilt es, Mobilität und soziale Teilhabe weiter zu garantieren. Unsere Vorschläge zeigen, dass dies funktioniert.

Stadt der kurzen Wege: Dieses Leitbild betrifft Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsstelle und Freizeitmöglichkeiten. Der Laden um die Ecke muss wieder her, um das Einkaufen auf kurzen Wegen zu ermöglichen. Lieferdienste und die Versorgung über „Bio-Kisten“ mit Öko-Waren aus der Region werden organisiert. Die Logistik sollte dabei auf E-Fahrzeuge oder Lastenräder setzen.

Bahn und Bus bezahlbar: Eine sehr gute Anbindung zum kostengünstigen und barrierefreien öffentlichen Nahverkehr ist essenziell. Die Fahrten von Bussen und Bahnen müssen dichter getaktet werden und sollten für alle bezahlbar sein. Vorbildlich ist das Wiener Modell mit seinem Jahresticket für 365 Euro.

Radwege für Jung und Alt: Kommunen können eine bessere Fahrradinfrastruktur inklusive sicherer Radwege und Radschnellwege schaffen und für verbesserte Möglichkeiten der Fahrradmitnahme im ÖPNV sorgen. Sie können darüber hinaus den Einsatz und Verleih von Lastenrädern und Fahrradanhängern fördern.

Dicker Schlitten, teurer Parkplatz: Eine besondere Bedeutung hat das Parkraummanagement: Wenn (wie in London) der Parkplatz im Büroviertel fast zehn Euro die Stunde kostet oder die Wege zum eigenen Pkw weit sind, nehmen die Angestellten Bahn, Bus und Rad. Parkgebühren könnten auch nach der Pkw-Größe gestaffelt werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre, auf Länderebene die Stellplatzverordnung zu reformieren, sodass bei Neubauten nicht mehr – wie bislang üblich – automatisch neue Parkplätze gebaut werden müssen.³

Mehr Platz für Fußgänger statt für Autos: Kommunen können Carsharing-Parkplätze einrichten und den Straßenraum grundsätzlich mehr zugunsten von Fußgängern, Fahrrädern, Bahn, Bus und Taxis aufteilen. Zudem müssen Kommunen Dieselfahrzeuge aus Innenstädten verbannen, wenn sie die geltenden Stickoxid-Grenzwerte überschreiten.⁴

Besonders für den ländlichen Raum gilt: Notwendig für das tägliche Leben sind ein gut erreichbarer Arzt, nah gelegene Einkaufsläden, ein Jugendzentrum oder auch ein Treffpunkt für ältere Menschen, um (unnötig) weite Wege zu vermeiden. Zugleich müssen auch bei

sinkenden Bevölkerungs- und Schülerzahlen das Fortkommen gewährleistet und Alternativen zum Besitz eines eigenen Autos geboten werden.

Bürgerbus anschieben: Bürgerbusse, die in der Regel von bürgerschaftlichen Initiativen getragen werden, können Lücken im öffentlichen Personennahverkehr füllen, brauchen aber staatliche Förderung.

Mobilität ist Daseinsvorsorge: Die Kommunen könnten sich dieser klassischen Daseinsvorsorge, Mobilität zu garantieren, viel intensiver widmen. Jeder Betrieb, jede Volkshochschule kann Mobilität für ihre Arbeitnehmer*innen und Teilnehmer*innen managen.

Auf Straßenneubau verzichten, Schienennetz ausbauen: Was die Bundespolitik tun kann

Die Weichen zu einem Klima schonenden, uns Menschen schützenden Verkehrssystem müssen von der Bundesregierung rasch gestellt werden.

Vorrang für Klimaschutz: Sie muss das im Klimaschutzplan selbst gesteckte Ziel, den CO₂-Ausstoß aus dem Verkehr bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu senken, ernst nehmen und dafür sowie zum Schutz der Bevölkerung unverzüglich aktiv werden.

Radwege statt Autobahnen: Wir verlangen von der Bundesregierung, dass sie die (jährlich!) rund 28,6 Milliarden umweltschädlicher Verkehrssubventionen abbaut und stattdessen klimafreundliche Mobilität fördert, indem sie eine Investitionsoffensive für den Rad- und Fußverkehr startet. Dafür sollen die Bundesmittel zur Radverkehrsförderung auf mindestens 25 Euro pro Kopf und Jahr verdoppelt werden.⁵

Straßen sanieren – und keine neuen bauen: Gleichzeitig muss der Bund auf den Straßenneubau verzichten! Stattdessen fordert der BUND, konsequent den Bestand von Straßen, Schienen und Wasserstraßen zu sichern, zu erhalten und zu erneuern – und das Schienennetz deutlich zu erweitern.

Züge statt Flüge: Die Bundesregierung muss sich auch auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Kurzstreckenflüge auf die Schiene verlagert werden: Fast 150.000 innerdeutsche und grenzüberschreitende Flüge könnten sofort und 200.000 dieser Flüge mittelfristig auf die Schiene verlagert werden. International muss die Bundesregierung eine globale Klimaabgabe für den Luft- und Schiffsverkehr fordern.

Überfällig: Tempolimit. Deutschland sollte ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einführen. Innerstädtisch gilt dann künftig die Regelgeschwindigkeit Tempo 30. Von dieser Umkehr des bisherigen Prinzips darf dann nur noch mit nachvollziehbarer Begründung abgewichen werden.

Die Umgehungsstraße allein macht es nicht: Der Bundesverkehrswegeplan 2030 muss weiterentwickelt werden. U. a. enthält der Plan mehr als 500 Ortsumfahrungen. Der BUND schlägt vor, zusätzlich oder alternativ die Ortsdurchfahrten für die Bewohner*innen verträglich umzubauen und dort den Rad- und Fußverkehr zu stärken.⁶

Straßenverkehrsordnung ändern: Das heute geltende Dogma, den Verkehrsfluss für Autos und Lkw steigern zu müssen, ist überholt, die entsprechende Änderung der Straßenverkehrsordnung nötig. Stattdessen gilt es, eine integrierte Planung des Verkehrs insgesamt, noch besser: der Mobilität zu ermöglichen.

E-Mobilität gestalten: E-Mobilität ist die Zukunft – vor allem im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel. Im Hinblick auf Pkw aber kann die E-Mobilität von morgen nicht mit den schweren und überdimensionierten Autos von heute funktionieren. Ihre Vorteile kann die Elektromobilität nur mit effizienten, kleinen, leichten Fahrzeugen entfalten. Vor allem müssen es deutlich weniger Autos werden. Zugleich darf die E-Mobilität den öffentlichen Nahverkehr nicht ausbremsen – etwa durch die Öffnung von Busspuren für E-Autos –, sondern sie muss im Gegenteil dazu beitragen, den Weg zu autofreien Städten zu ebnen. Der Strom sollte aus zusätzlichen erneuerbaren Energie kommen. Der BUND ist sich bewusst, dass noch nicht alle Fragen zu Akkuherstellung und -recycling geklärt sind, und verlangt, die Forschung auf diesem Gebiet zu intensivieren.

Der erste Schritt: Stopp des Verbrennungsmotors beschließen – städtischen Parkraum begrenzen

Wie Klima- und Gesundheitsschutz im Verkehr mit echter Überzeugung angepackt werden können, zeigen Beispiele einiger Nachbarländer, die mit deutlich mehr Radverkehr (Dänemark, Niederlande) oder klaren Aussagen zum Ende des Verbrennungsmotors (Frankreich, Großbritannien) überzeugen. Die Position des BUND lautet: Wir wollen die Dominanz des Autos beenden und halten eine Halbierung

des motorisierten Verkehrs für möglich. Wenn wir die Klimaziele ernst nehmen, muss der Verkehr bis 2050 vollständig dekarbonisiert sein, Diesel und Benzinler wären dann abgeschafft. Bis 2030 sollte dafür der Ausstieg aus der Technologie der Verbrennungsmotoren über ein Zulassungsverbot geschaffen sein.

In der Parkraumbegrenzung liegt eine Stellschraube und wichtige kommunale Gestaltungsmöglichkeit, um die Zahl der Autos in der Innenstadt zu begrenzen und den Straßenraum gerechter zu verteilen. Hier muss auch der Bund Farbe bekennen: Einer der ersten Schritte der Bundesregierung sollte darin liegen, die Vorgabe aufzuheben, wonach die Kommune nur bis zu 30 Euro pro Fahrzeug und Jahr für einen Bewohnerparkplatz erheben kann – und damit kaum Handhabe für eine sinnvolle Steuerung in diesem Bereich hat.

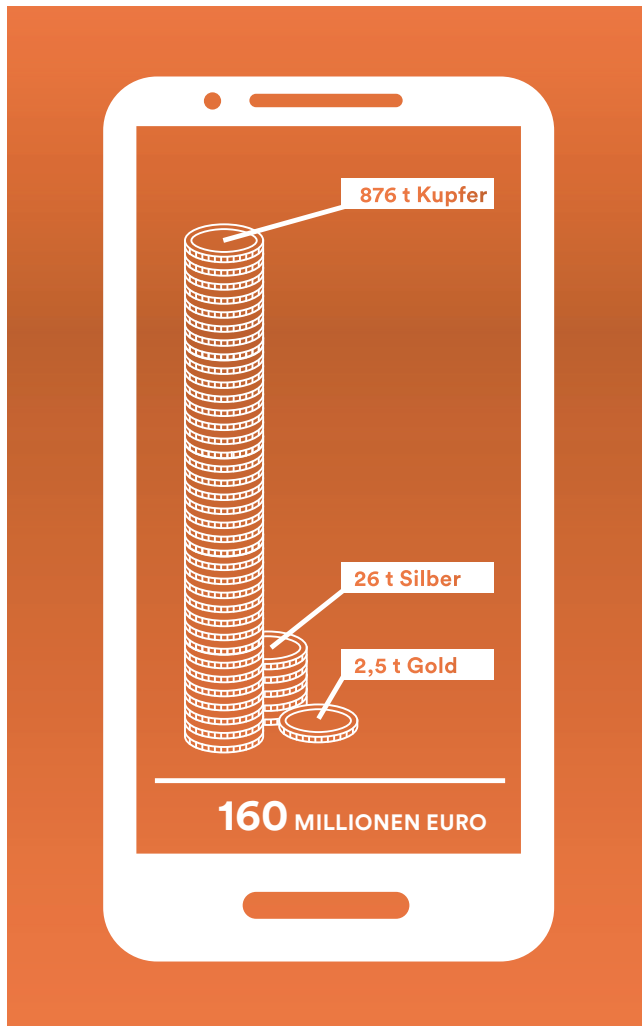
Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität

Nur eine neue Mobilitätskultur mit deutlich weniger Autoverkehr kann die Mobilität künftig klimaschonend, gesundheitsverträglich und flächensparend gestalten und soziale Teilhabe für alle ermöglichen. Zu diesem Ergebnis kommt die wissenschaftliche Studie „Mobiles Baden-Württemberg“, initiiert vom BUND Baden-Württemberg.

Sie entwirft drei Zukunftsszenarien zur Mobilität in Baden-Württemberg bis 2050: Neben einem Szenario der fortgesetzten Individualmobilität (bevorzugt mit E-Pkw) und einem zu „neuen Dienstleistungen“ vollzieht das dritte Szenario den größten Wandel, setzt auf kurze Wege, öffentliche Verkehrsmittel, Rad und Fußverkehr – und Verkehrsvermeidung.

Mehr: www.bund-bawue.de/mobiles-bawue

2 Materialverbrauch senken – Reparatur fördern



100 Millionen ausgediente Handys liegen in deutschen Schubladen herum: Schätze im Gesamtwert von mehr als 160 Millionen Euro.

Wenn mit der neuen Software ein neues Handy fällig wird

Die hoch technologisierte Welt des 21. Jahrhunderts bringt immer mehr Produkte in unseren Alltag. Viele Produkte werden dabei immer kürzer genutzt oder gehen immer schneller kaputt. Beispielhaft einige Zahlen dazu: Rund 25 Millionen Menschen in Deutschland verfügen nicht nur über einen, sondern gleich über zwei Fernseher. Neun Millionen Personen besitzen sogar drei oder vier der Geräte. Krasser aber ist eine weitere Zahl: Danach wurden 2012 mehr als 60 Prozent der noch funktionierenden Flachbildschirmfernseher in Deutschland durch neue Geräte ersetzt.

Im Durchschnitt kaufen wir uns hierzulande inzwischen alle zwei Jahre ein neues Handy. Insgesamt 100 Millionen ausgediente Handys liegen Schätzungen zufolge in Deutschland in Schubladen herum. Das entspricht 876 Tonnen Kupfer, 26 Tonnen Silber, 2,5 Tonnen Gold und zahlreichen weiteren Edelmetallen im Gesamtwert von mehr als 160 Millionen Euro.

Erfindet die Industrie für Handy oder auch Fernseher eine neue Software, wird häufig ein neues Gerät fällig. Dann wieder fehlen Ersatzteile, oder eine Reparatur ist bautechnisch gar nicht möglich. Der volkswirtschaftliche Schaden durch die sogenannte „geplante Obsoleszenz“ von Produkten (also das von den Herstellern eingeplante

und eingebaute frühzeitige Kaputtgehen eines Geräts) beträgt allein in Deutschland rund 100 Milliarden Euro pro Jahr.⁷

Erdüberlastungstag wird Jahr für Jahr früher erreicht

Viele der für die Erzeugung von Produkten notwendigen Rohstoffe wie Metall oder Öl sind nicht erneuerbar. Trotzdem verwenden wir sie, als ob der Vorrat unendlich wäre. Pro Jahr verbrauchen US-Bürger pro Kopf rund 28 Tonnen Rohstoffe, in Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verbrauch immer noch bei etwa 16 Tonnen. Bei der Gewinnung und Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe werden zudem enorme Mengen an natürlichen, erneuerbaren Ressourcen wie Wasser oder auch Böden verbraucht oder verschmutzt.

Kein Wunder, dass deshalb der „Erdüberlastungstag“ Jahr für Jahr im Kalender immer weiter nach vorne rückt. An diesem Tag übersteigt die menschliche Nachfrage nach natürlichen, erneuerbaren Ressourcen die Fähigkeit der Erde, diese Ressourcen in diesem Jahr zu reproduzieren.

Vor 20 Jahren lag der „Erdüberlastungstag“ noch im November, heute Anfang August. Würden alle Länder so viele Ressourcen verbrauchen wie Deutschland, datierte der „Erdüberlastungstag“ sogar schon Ende April.

Weniger Geräte – hochwertig und langlebig

Angesichts begrenzter Ressourcen ist die Entwicklung zu immer mehr Produkten mit immer kürzerer Lebens- und Nutzungsdauer fatal. Wollen wir unsere Lebensgrundlagen auf der Erde erhalten – und die noch vorhandenen Rohstoffe gerecht verteilen –, müssten wir unseren Rohstoffverbrauch drastisch verringern: auf drei Tonnen Rohstoffe im Jahr pro Person bis zum Jahr 2050.

Ein hehres Ziel und ein weiter Weg: Für Deutschland würde dies bedeuten, den Rohstoffverbrauch pro Kopf auf ein Fünftel des heutigen Verbrauchs zu vermindern. Undenkbar ohne eine konsequente Suffizienzpolitik. Zentrale Bausteine dieser Politik: Statt immer mehr Geräte mit immer kürzerer Nutzungs- und Lebensdauer auf den Markt zu bringen, sollten künftig weniger Geräte produziert und gekauft werden, die dann aber hochwertiger und langlebiger sein müssen.

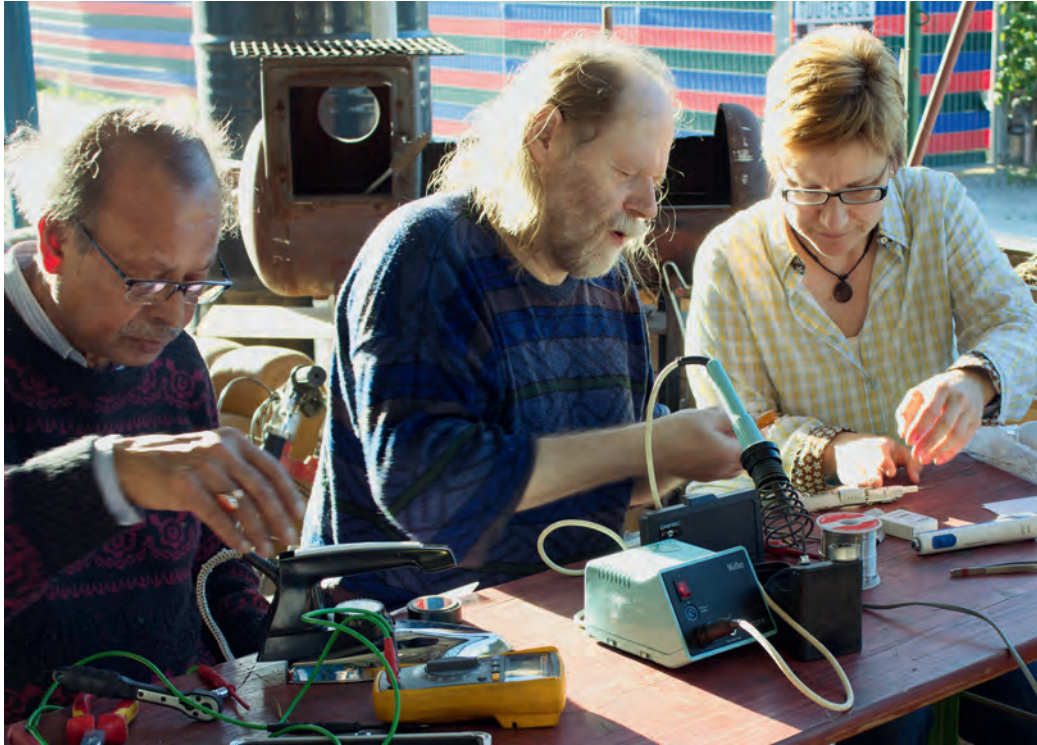
Sparsame Materialverwendung ist bei der Geräte-Herstellung zwingend, um den Verbrauch an Primärstoffen zu senken. Bereits verwendete Ressourcen gilt es so lange wie möglich im Wirtschaftskreislauf zu halten. Zudem braucht es einen guten Service und Dienstleistungen für Geräte.

Was künftig beim Auto gelten sollte, ist wünschenswert auch bei anderen Geräten: weg vom Besitz, hin zum Teilen, Tauschen und zum gemeinsamen Nutzen.

Reparatur hat Konjunktur

Der immensen Ressourcenverschwendung zum Trotz hat das Prinzip „Weniger ist mehr“ in den letzten Jahren immer mehr Menschen zusammengebracht, die neue Ansätze des nachhaltigen Wirtschaftens und Lebens diskutieren und praktisch realisieren. So setzen sich zahlreiche Initiativen – auch der BUND – in Reparatur-Cafés und Leihläden für die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern und weniger Konsum ein.

Ende 2017 gab es bundesweit rund 600 Reparatur-Initiativen, weitere befinden sich in der Gründungsphase. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch zwei Jahre zuvor. In den Repair-Cafés treffen sich Menschen aus der Nachbarschaft, um gemeinsam Gegenstände wie den eigenen Computer, den Föhn oder den Mixer zu reparieren und dabei zu plaudern und sich auszutauschen. In Leihläden können Gegenstände, die von einzelnen Personen aktuell nicht benötigt werden, entweder umsonst oder für eine kleine Gebühr ausgeliehen werden. Dies sind ganz einfache, aber weitreichende Beispiele für gelebte Suffizienz: Durch Reparieren und Teilen werden weniger Produkte und Ressourcen verbraucht. Gleichzeitig profitieren die Menschen ganz konkret davon, indem sie sich vernetzen und Geld sparen.



In Repair-Cafés werden defekte Alltagsgegenstände gemeinschaftlich repariert. Auf www.reparatur-initiativen.de finden sich Repair-Cafés in der Umgebung und eine Anleitung, wie eigene Reparatur-Initiativen ins Leben gerufen werden können.

Öffentliche Beschaffung und mehr: Was Kommunen tun können

Kommunen haben es in der Hand, zu weniger Materialverbrauch und Konsum beizutragen. Durch gute Rahmenbedingungen, mit Anreizen und Impulsen. Indem sie selbst zum Vorbild werden, in der öffentlichen Beschaffung oder in städtischen Einrichtungen wie Bibliotheken, Schulen, Kitas – oder indem sie engagierte Menschen und Initiativen vor Ort unterstützen.

Städte und Gemeinden können Service statt Besitz fördern. Indem sie für Initiativen wie Repair-Cafés Räume und Werkzeuge bereitstellen und zum Beispiel über Kooperationen mit Recyclinghöfen Ersatzteile zur Verfügung stellen. Indem sie die Termine der Reparaturinitiativen auch auf den Internetseiten der Stadt bekannt machen. Sie können auch eigene Angebote schaffen, wie offene Werkstätten oder Werkzeugbörsen. Sie können die Versicherung für Geräte, die verliehen werden, übernehmen, Sozialkaufhäuser ausbauen oder verbessern.

Wertstoffhöfe optimieren: Kommunen könnten die Wertstoffhöfe verbessern und dort die Abfalltrennung optimieren. Ein Ziel könnte lauten, die Planung auf eine Zero-Waste-Kommune auszurichten.⁸ Beispiel Möbel: Gebrauchstaugliche Möbel, die für andere noch

verwertbar sind, könnten an bestimmten Wochentagen eingesammelt werden. Reparatur- und soziale Initiativen könnten sie auf den Wertstoffhöfen aufpolieren.

Materialverbrauch reduzieren: Indem sie bei der öffentlichen Beschaffung achtsamer sind oder Informationstechnologien in der Verwaltung länger nutzen, können Kommunen Ressourcen – und Geld – sparen.

Bauprojekte anders planen: Die Vorhaben müssen nachhaltig organisiert werden, indem (Rück-)Bauvorhaben so geplant werden, dass Materialien reduziert, gut getrennt und nach Möglichkeit wiederverwertet werden können.



Abfallvermeidung leicht gemacht: Der BUND Berlin zeigt auf www.remap-berlin.de Alternativen zum Wegwerfen auf.

Reparaturfähige und langlebige Produkte: Was die Bundespolitik tun kann

Die Bundesregierung kann entscheidend dazu beitragen, den Materialverbrauch deutlich zu verringern:

Abschied vom Müll: Sie sollte der Abfallvermeidung immer die höchste Priorität einzuräumen.

Unreparierbar gilt nicht (mehr): Sie sollte eine modulare Bauweise von Produkten vorschreiben: Produkte müssen künftig reparaturfreundlich hergestellt werden. Sie muss der Industrie vorschreiben, dass Ersatzteile verfügbar und die Produkte recyclingfähig sind. Vorgaben für ein entsprechendes Produktdesign muss die Bundesregierung in Gesetzen und Verordnungen (etwa zu Verpackungen oder Elektrogeräten) festlegen. Dazu gehört auch die Vorgabe, dass bei der Produktherstellung Material höchstmöglich effizient eingesetzt werden muss.

Mindestlebensdauer auch für Smartphones: Außerdem müssen Regeln für eine Mindestlebensdauer von Produkten sowie gegen den kalkulierten Produktverschleiß eingeführt werden. Vorbild ist Frankreich: Das Land hat mit seiner Gesetzgebung gegen Obsoleszenz Signale gesetzt. Auch der Technologiewechsel muss nachhaltig gestaltet werden – dies gilt insbesondere für politische Vorgaben gegen Software-Obsoleszenz.⁹

Transparentes Innenleben: Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Ökodesign-Richtlinie zu erweitern. Die Richtlinie muss vorschreiben, dass auf Produkten das verwendete

Material beschrieben wird, und welche Kriterien für die Materialeffizienz angewendet wurden.

Europäische Normung: Zudem sollte der Bund die Normungsprozesse auf europäischer Ebene unterstützen, die Standards zu Reparaturfähigkeit, Wiederverwendbarkeit und Langlebigkeit von Produkten zum Ziel haben.

Empfehlung an die Europäische Kommission: Das Europäische Parlament hat Anfang Juli 2017 einen Bericht „Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen“ verabschiedet und empfiehlt der Kommission damit, sich für die Förderung langlebiger und reparierbarer Produkte einzusetzen. Die deutsche Bundesregierung muss dies im Europäischen Rat unterstützen.¹⁰

Rohstoffe effizienter nutzen: Die Bundesregierung hat bisher das Ziel, die Rohstoffproduktivität bis 2020 im Vergleich zu 1994 zu verdoppeln. Der BUND fordert, die Rohstoffproduktivität zwischen 2020 und 2030 um weitere 50 Prozent zu erhöhen. Zudem muss endlich der Primärrohstoffverbrauch in Deutschland pro Kopf ermittelt und ein Ziel zu dessen Reduzierung vorgelegt werden.

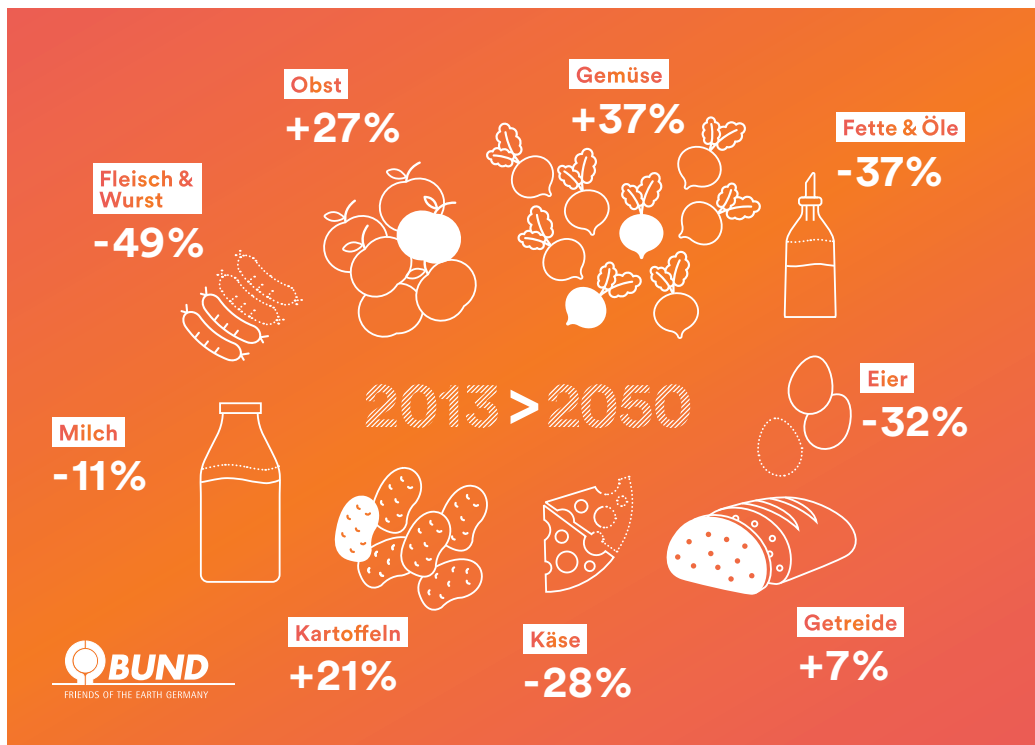
Der erste Schritt: Mehrwertsteuer für Reparaturen reduzieren

Schweden hat vorgemacht, wie der Rohstoffverbrauch gesenkt werden kann. Dort wurde die Mehrwertsteuer für Reparaturen von Kleidung, Schuhen und Fahrrädern um die Hälfte reduziert. Mehr noch: Kommt in Schweden ein Handwerker ins Haus, um einen Kühlschrank oder eine Waschmaschine zu reparieren, kann man nun auch die Hälfte der Arbeitskosten von der Steuer absetzen.

Der BUND fordert die Bundesregierung auf, dem schwedischen Vorbild zu folgen und die Mehrwertsteuer für Reparaturen von 19 Prozent auf sieben Prozent zu verringern. Größere Reparaturen sollten steuerlich absetzbar sein. So würde umgehend der Anreiz für Verbraucherinnen und Verbraucher erhöht, etwa die kaputte Spülmaschine doch noch reparieren zu lassen, anstatt eine neue zu kaufen.

Um die modulare Bauweise von Produkten voranzubringen, sollte der Bund sich aktiv für Normung und einen rechtlichen Rahmen einsetzen (z. B. EU-Richtlinie für Ökodesign, aktuelle Normungsprozesse) und außerdem die Forschung fördern. Es gilt, Bildung und Ausbildung im Hinblick auf Ressourcen- und Materialeffizienz zu verbessern und die Kenntnisse darüber in die Unternehmen zu bringen.

3 Für eine ökologische Landwirtschaft



Auch ohne Pestizide und Tierleid könnten alle Menschen in Deutschland ernährt werden: Die Voraussetzung wäre ein anderer wöchentlicher Durchschnittsverzehr pro Kopf – mit mehr Gemüse, weniger tierischen Produkten und einem Stopp der Lebensmittelverschwendung.

Ausbau der Massentierhaltung – mit fatalen Folgen

Die industrielle Landwirtschaft und der weltweit steigende Fleischkonsum zerstören die Natur, treiben den Klimawandel voran und gehen auf Kosten von Ressourcen sowie Fläche in Ländern des globalen Südens. Obwohl längst bekannt ist, in welchem Ausmaß die industrielle Landwirtschaft Tierleid verursacht, Böden belastet, die Artenvielfalt, unsere Gewässer und unsere Gesundheit gefährdet, hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren kaum etwas unternommen, um dem Wachstumsdruck in der Landwirtschaft entgegenzuwirken.

Weltweit wird ein Drittel aller Anbauflächen zur Produktion von Tierfutter genutzt – in Ländern wie Brasilien, Argentinien, Paraguay. Allein Deutschland importiert jährlich über vier Millionen Tonnen Sojaschrot als Futtermittel, überwiegend Gentech-Soja aus Südamerika.¹¹ Dieses Ackerland fehlt für die Produktion von Nah-

rungsmitteln insbesondere in den Ländern des globalen Südens. Zudem führt der Soja-Anbau zu Monokulturen und einem verstärkten Einsatz von Agro-Gentechnik und Ackergiften – zum großen Schaden für Mensch und Natur.

In Deutschland führt die Intensivtierhaltung hauptsächlich dazu, dass Böden und Gewässer überdüngt werden; enorme Mengen an Gülle verursachen zu hohe Nitratwerte im Grundwasser, in Flüssen, Seen und im Meer. Außerdem belasten synthetische Dünger und Pestizide aus dem intensiven Ackerbau Natur und Umwelt, Monokulturen führen zum Verlust der Artenvielfalt: Insekten, Vögel und Kleintiere verschwinden. Die nicht-artgerechte Nutztierhaltung in viel zu kleinen Ställen lässt Tiere leiden, setzt erhebliche Mengen Treibhausgase frei und verursacht Lebensmittelskandale und steigende Antibiotika-Resistenzen bei uns Menschen. Eine Aufzählung, die sich weiter fortsetzen ließe.

Export befördert Strukturwandel

Obwohl der Fleischkonsum in den letzten Jahren hierzulande leicht zurückgegangen ist, hat die Bundesregierung den Ausbau Deutschlands als Fleischproduktionsstätte massiv vorangetrieben – insgesamt wurde die Fleischproduktion 2016 auf 8,25 Millionen Tonnen gesteigert, und das vor allem in hochindustrialisierten Mastanlagen.¹² Immer mehr Fleisch wird exportiert, und dafür soll immer mehr und immer billiger produziert werden. Der Wachstumsdruck in der Landwirtschaft hat zu einem enormen Strukturwandel geführt: Immer weniger Großbetriebe und Konzerne bestimmen über einen immer

höheren Anteil der Lebensmittelerzeugung – zum Nachteil kleiner bäuerlicher Betriebe sowie der regionalen Lebensmittelversorgung.¹³ Zwar steigt hierzulande die Nachfrage nach Bioprodukten stetig, dies spiegelt sich aber leider nicht in einer gleichermaßen großen Umstellung der Flächen auf Ökolandbau wider, da dies zu wenig gefördert wird. 2016 wuchs die Zahl aller deutschen Bio-Betriebe auf fast 27.000 Höfe.¹⁴ Heute ist fast jeder zehnte landwirtschaftliche Betrieb hierzulande ein Biohof. Der Bio-Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in der Bundesrepublik betrug rund sieben Prozent – weit entfernt von den seit Jahren etwa mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung angestrebten 20 Prozent.

Das tut sich vor Ort: Bewegung für eine ökologische, regionale Landwirtschaft

Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“: Gegen die Form der industriellen Nahrungsmittelproduktion auf Kosten der Tiere, der Umwelt und der Menschen regt sich mehr und mehr Widerstand in der Bevölkerung. Bundesweit verhindern inzwischen rund 250 Bürgerinitiativen im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ den Bau neuer Megamastanlagen.

Jede*r kann neue Wege gehen: Zudem schließen sich immer mehr Einzelpersonen zusammen, um mitzuentcheiden, woher ihr Essen kommt und wie es produziert wird. Sie erschließen sich neue Wege der Lebensmittelversorgung, und zwar über Wochenmärkte, Gemeinschaftsgärten, solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte. Hinzu kommen Initiativen, die Lebensmittel teilen und sich gegen ihre Verschwendung organisieren.

Solidarische Landwirtschaft und Ernährungsräte: In den sogenannten „SoLaWis“ tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. In Ernährungsräten schließen sich Bürgerinnen, Aktivisten, die lokale Politik und die regionale (Land-)Wirtschaft zusammen und arbeiten gemeinsam an einem besseren – regionalen und nachhaltigen – Ernährungssystem. In Köln und Berlin haben sich bereits Ernährungsräte gegründet – mehr als 20 weitere Städte in Deutschland planen deren Einrichtung.¹⁵

Kommunen vorn, es gedeiht die essbare Stadt: Während es auf Bundesebene seit Jahren kaum Bewegung in Richtung einer Ökologisierung der Landwirtschaft gibt, schieben einige Kommunen eigene Projekte für eine regionale und biologische Nahrungsmittelproduktion und -versorgung

an. Etwa in Andernach, einer 30.000 Einwohner-Stadt am Mittelrhein. Dort regte die Stadtverwaltung Bürgerinnen und Bürger an, die öffentlichen Flächen zu beackern. Die Stadt wurde zur „essbaren Stadt“: Überall wächst inzwischen auf öffentlichen Flächen Obst und Gemüse, das Bürgerinnen und Bürger ernten können. Über 90 Städte und Gemeinden sind diesem guten Beispiel bis heute gefolgt.¹⁶

Kitas, Schulen und Kantinen steigen um: Großes Potenzial liegt in einer Umstellung auf regionale, saisonale und fair gehandelte Produkte aus dem ökologischen Landbau in öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Kantinen und Mensen. Viele Städte haben das Handlungsfeld der öffentlichen Beschaffung bereits erkannt und entwickeln sich zu „Bio-Städten“. Ob Hamburg, Bremen, Freiburg, München oder Darmstadt – auf der Plattform www.bio-staedte.de vernetzen sich Städte, die den Ökolandbau und die regionale Wertschöpfung fördern wollen. In Nürnberg zum Beispiel beschloss der Stadtrat 2003 „Bio-Metropole“ zu werden, und die Stadt ist auf einem guten Weg dahin. So konnte der Bioanteil der Versorgung an Schulen auf 20 Prozent, in Kitas auf 40 Prozent, auf der Messe auf 50 Prozent und beim Christkindlmarkt sogar auf 53 Prozent angehoben werden.¹⁷

Bremen hat 2016 einen kleinen Ausstieg aus der Massentierhaltung beschlossen: Ab 2022 soll es kein Billig-Fleisch mehr in Kitas und Schulen geben, Krankenhäuser sollen ab 2024 zu 75 Prozent Bio-Fleisch verwenden. Da die Umstellung keine Mehrkosten verursachen soll, wird vermutlich die Fleischmenge reduziert werden.¹⁸



Auf Wochenmärkten lassen sich frische regionale Produkte kaufen – mit kurzen Transportwegen, ohne Verpackung und mit dem Wissen, woher das Essen kommt und wie es produziert wird.

Regionale Vermarktung und mehr: Das können Kommunen tun

Wie erprobte Beispiele zeigen, können Kommunen einiges tun für eine nachhaltigere Landwirtschaft und Ernährung:

Dem Beispiel der Biostädte folgen: Kommunen können in Kantinen der Verwaltung, in öffentlichen Mensen, in Schulen, Kitas und bei Veranstaltungen konsequent auf regionale und saisonale sowie auf biologische und faire Verpflegung umstellen.

Vegetarische Alternativen anbieten: Kommunale Kantinen oder der Speisenplan der Kitas und Schulen sowie natürlich auch Restaurants bieten regelmäßig überwiegend vegetarische Gerichte an.

Wirtschaft vor Ort stärken: Kommunen, Landwirte und Unternehmen sollten gemeinsam beraten, wie sich lokale Wirtschaftskreisläufe und eine regionale Vermarktung stärken lassen. Markthallen für regionale Produkte, Wochenmärkte oder Dorfladengenossenschaften könnten dabei im Zentrum stehen. Die Gründung eines Ernährungsrates wäre dafür ein probates Mittel.

Revitalisierung des Nutzgartens: Städte und Gemeinden können Flächen für Gemeinschaftsgärten zur Verfügung stellen, sich zur „essbaren Stadt“ erklären, und die Standorte kommunaler Obstbäume bekannt machen, um den Bürgerinnen und Bürgern eine gemeinschaftliche Nutzung zu ermöglichen.

Gegen Gift: Kommunen können sich nach dem Modell vieler Städte und Gemeinden zur glyphosat-, pestizid- und gentechnik-freien Kommune erklären.

Wende in der Landwirtschaftspolitik: Was muss die Bundesregierung tun?

Unsere Nahrung muss künftig, ob pflanzlich oder tierisch, so produziert werden, dass dabei weder Menschen noch die Umwelt zu Schaden kommen. Böden, Gewässer, Klima und andere natürliche Ressourcen dürfen nicht länger auf Kosten zukünftiger Generationen und Menschen in anderen Teilen der Welt übernutzt werden. Dazu brauchen wir eine grundsätzliche Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik hin zu einer bäuerlich ökologischen Landwirtschaft, bei der regionale Versorgungssysteme gefördert werden. Dafür muss sich die Bundespolitik in der EU einsetzen und vor allem auch vor der eigenen Haustür kehren.

Vorrang für Ökolandbau: Die Bundesregierung sollte alles daran setzen, den Ökolandbau in Deutschland bis zum Jahr 2030 auf 20 Prozent auszuweiten. Gleichzeitig gilt es den Flächenverbrauch zu begrenzen, Bodenschutz gesetzlich zu verankern und zehn Prozent der Fläche jedes Agrarbetriebs für den Artenschutz bereitzustellen.

Fleischverbrauch senken: Der Konsum tierischer Lebensmittel in Deutschland muss deutlich reduziert werden. Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung hatte in seiner ersten Version vorgesehen, den Tierbestand bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zu halbieren sowie auch den Fleischkonsum pro Kopf; von heute rund 1,1 Kilogramm auf 300 bis 600 Gramm Fleisch pro Woche. Auch wenn dieses Ziel im nunmehr beschlossenen Klimaschutzplan nicht mehr enthalten ist – die Art und Weise, wie sich die Menschen in den wohlhabenden Nationen ernähren, muss auf die Agenda gesetzt werden. Eine Möglichkeit, das Thema anzugehen: Ehrliche Preise, die die wahren Kosten der Tierhaltung widerspiegeln. Denn die Folgekosten für verunreinigtes Grundwasser, Klimaschäden oder Antibiotikaresistenzen werde heute auf die Allgemeinheit abgewälzt.²⁰

Weide statt Masse: Wir brauchen einen umfassenden Umbau hin zu ökologischer Tierhaltung, weg von der nicht tiergerechten Intensivhaltung und hin zu tiergerechten Haltungsverfahren wie Weidetierhaltung, Öko-Tierhaltung und Neuland. Der Stall muss an die Tiere angepasst werden, nicht die Tiere an den Stall!

Futter aus der Region und Exportstopp: Die Tierhaltung muss an die Fläche gebunden werden. Das bedeutet: Futtermittel werden auf dem eigenen Betrieb oder in der Region angebaut, statt wesentliche Bestandteile zu importieren. Die Überproduktion ist zu beenden und der Export von Fleisch zu stoppen.

Geld nur für „common goods“: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die 2020 anstehende Agrarreform zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung der europäischen Landwirtschaftspolitik führt. EU-Mittel soll es nur noch für konkrete öffentlich gewünschte Leistungen im Bereich Umwelt, Klima und Tierschutz geben. Ziel muss eine ökologisch nachhaltige, faire, regional ausgerichtete und global verantwortungsvolle Landwirtschaft sein.

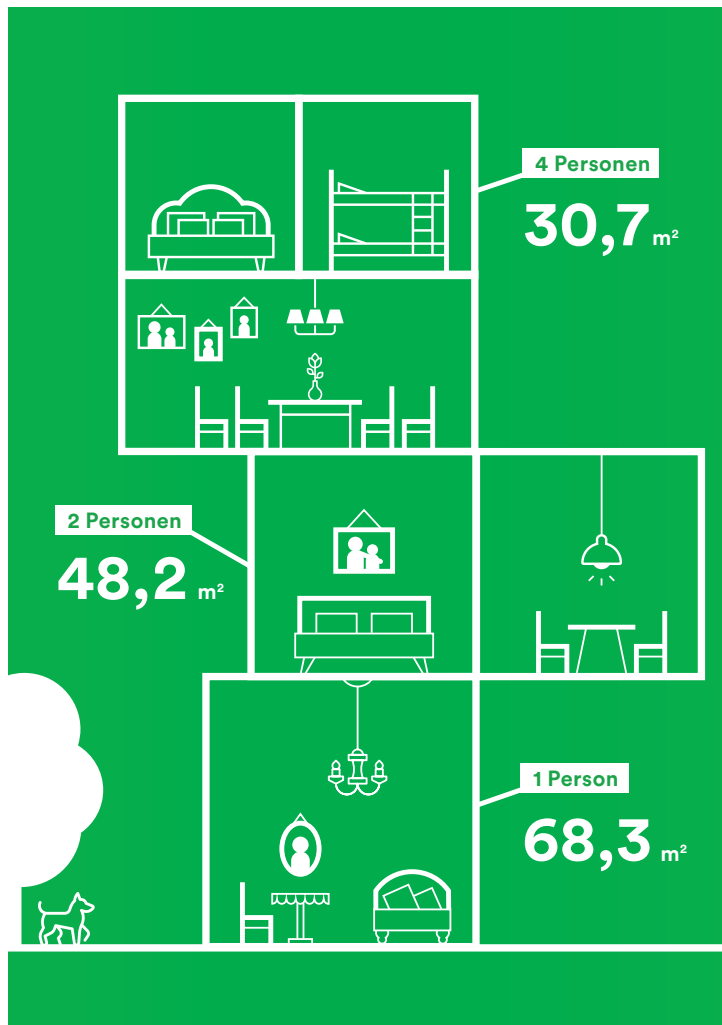
Warum ist die Gurke nicht krumm?

Rund ein Drittel aller in Deutschland gekauften Lebensmittel wird weggeworfen, das meiste davon in den Haushalten – pro Kopf und Jahr über 80 Kilogramm angefangene, abgelaufene oder überzählige Lebensmittel. Zu den Verschwendern gehören aber auch Industrie, Großverbraucher und Handel. Und schon bei der Ernte werden etwa 30 Prozent der pflanzlichen Erzeugnisse aussortiert, weil sie in Farbe, Form oder Größe bestimmten Handelsnormen nicht entsprechen. Die Politik muss dieser Verschwendung entgegensteuern.

Sofort machbar: Staatliches Tierwohl-Label

Die Bundesregierung muss ein verbindliches und transparentes staatliches Tierwohl-Label für alle tierischen Lebensmittel einführen: Die staatliche Kennzeichnung der Hühnereier hat das Kaufverhalten der Verbraucher*innen enorm beeinflusst. Sie beschleunigte den Umbau der Legehennen-Haltung hin zu umwelt- und tierwohlge rechteren Haltungsverfahren. Wer kein Fleisch aus Massentierhaltung kaufen will, muss künftig eindeutig erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden. Landwirt*innen, die über dem gesetzlichen Mindeststandard produzieren oder die ihre Kühe auf der Weide halten, hätten deutliche Vorteile zu erwarten.

4 Energieverbrauch senken



ZUSAMMEN WOHT MAN WENIGER ALLEIN
... und verbraucht weniger Energie.

Jahr für Jahr wächst unser Wohnflächenbedarf, und immer mehr Menschen wohnen in Ein- oder Zwei-Personenhaushalten. Die durchschnittliche Wohnfläche in Ein-Personenhaushalten liegt mittlerweile bei 68,3 m². Doch je weniger Menschen sich Wohnfläche und Haushaltsgeräte teilen, desto größer ist der Energieverbrauch pro Person. Effekte der steigenden Energieeffizienz der Gebäude und Heizungsanlagen werden deutlich vermindert.

Klima heizt sich auf, Energieverbrauch nimmt nicht ab

Der Energieverbrauch in Deutschland ist seit 1991 kaum gesunken, der Stromverbrauch sogar leicht angestiegen.²¹ Und das, obwohl immer mehr Energie effizienter genutzt und eingespart wird – und Strom sehr viel teurer geworden ist. Doch Wirtschaftswachstum und Konsumsteigerungen verhindern einen deutlichen Verbrauchsrückgang. Da nach wie vor der größte Teil unserer Energie aus fossilen Brennstoffen wie Gas, Öl oder Kohle gewonnen wird, hat dies drastische Folgen fürs Klima: Fast 200 Millionen Tonnen CO₂ werden etwa aufgrund des Strom- und Wärmebedarfs in privaten

Haushalten pro Jahr in Deutschland in die Luft gepustet.²² Das ist ein Viertel des gesamten deutschen CO₂-Ausstoßes.

Inzwischen steht außer Frage, dass wir eine nachhaltige Energieversorgung nur dann naturverträglich erreichen werden, wenn wir – neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern – den Energieverbrauch insgesamt deutlich reduzieren. Denn jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss nicht erzeugt, transportiert oder gespeichert werden und spart damit immense Investitionen und Ressourcen.

Deutschland verpasst Ziele: Ohne Energiesparen geht es nicht

Die Bundesregierung hat sich richtigerweise ein klares Ziel gesetzt, um den Energieverbrauch zu senken: Bis 2050 soll der Verbrauch im Vergleich zu 2008 halbiert werden.²³ Doch nach aktuellem Stand werden bereits die für 2020 formulierten Zwischen-Ziele verfehlt. Unter anderem wäre eine Verdopplung der Aktivitäten zum Stromsparen notwendig, um das bis 2020 anvisierte Ziel zu erreichen: minus zehn Prozent Stromverbrauch.²⁴

Entscheidende Potenziale für Energieeinsparungen liegen in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Sie verringern den Energieaufwand, der nötig ist, um einen bestimmten definierten Nutzen bereitzustellen. Zum Beispiel, um bei der Raumwärme den Energieaufwand pro Quadratmeter und Jahr zu mindern oder bei Kühlschränken den Stromverbrauch pro Liter Kühlvolumen. Der BUND hat bereits detaillierte Forderungen für die Weiterentwicklung der Energieeffizienz-Politik formuliert.²⁵

Damit diese Effizienz-Ansätze ihre Wirkung erzielen, müssen sie Hand in Hand gehen mit Veränderungen des persönlichen Kon-

sum- und Nutzungsverhaltens. Anstrengungen, den absoluten Energieverbrauch durch Veränderungen des Konsum- und Nutzungsverhaltens zu reduzieren, werden unter dem Begriff „Energiesuffizienz“ zusammengefasst.

Leider spielt dies im politischen Handeln bislang eine noch zu geringe Rolle. Der BUND fokussiert sich hier darauf. Einige Aspekte könnten lauten: Größe und Funktionen von Geräten sowie Nutzungszeit, Nutzungsdauer und Nutzungsintensität hinterfragen. Was ist wirklich für ein gutes Leben notwendig? Aber auch: Die Wohnfläche pro Kopf abwägen und unter Umständen verringern.

Würden alle möglichen Maßnahmen umgesetzt, um zum einen die Effizienz von Geräten zu steigern und zum anderen die Nutzung von Strom zu vermeiden, könnten laut Modellrechnungen des Wuppertal-Instituts und des Instituts für Energie- und Umweltforschung bis zu 77 Prozent des Stroms in privaten Haushalten eingespart werden – die Hälfte davon durch Energiesuffizienz. Und das, ohne auf eine der heute im Haushalt üblichen Anwendungen vollständig verzichten zu müssen.²⁶



Wäsche auf der Leine – eine Alternative zum Trockner.

Wohnfläche, Elektrogeräte, Stromrechnung: Wo brauchen wir Suffizienzpolitik?

Eine Herausforderung für die Entwicklung des Energieverbrauchs in Haushalten ist der zunehmende Wohnflächenbedarf. Jahr für Jahr wächst unser Platzbedarf pro Kopf. Das liegt unter anderem am Trend zum Single-Haushalt und an der Tatsache, dass Eltern ihre Wohnungsgröße nicht anpassen, wenn die Kinder das Haus verlassen haben. Je größer die Wohnfläche jedoch, desto größer der Verbrauch an Strom und Wärme – der Effekt einer steigenden Energieeffizienz der Gebäude und Heizungsanlagen wird deutlich vermindert.

Eine weitere Herausforderung ist das Konsumverhalten der Menschen: Privathaushalte nutzen immer mehr elektronische Produkte, die zudem oft rund um die Uhr eingeschaltet sind und dann – ohne im Einsatz zu sein – weiter Strom verbrauchen. Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernseher werden größer, ohne dass dies notwendigerweise dem Bedarf der Menschen entspricht. Das erhöht den Strombedarf trotz steigender Effizienz der Produkte.

Leider zählen Strom und Wärme zu den „Low Interest“-Produkten: Keine*r guckt hin, wie viele Kilowatt-Stunden Strom er oder sie pro Jahr verbraucht. Zugleich verlagert sich der Stromverbrauch: Während die Endgeräte immer effizienter werden, womit der private Stromverbrauch im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik gesenkt werden kann, steigt die Nutzung des Internets rasant und damit der Stromverbrauch in Rechenzentren.²⁷ Diese Hindernisse gilt es zu überwinden. Die gute Nachricht: Das ist möglich – und eine konsequente und mutige Suffizienzpolitik kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Haushalte und Kommunen bewegen sich – Energiesparen für mehr Klimaschutz!

Ein gutes Beispiel für eine zielgerichtete Strategie, den Energieverbrauch zu verringern, liefern einige der Masterplan-Kommunen.²⁸ Seit 2012 fördert das Bundesumweltministerium Städte und Gemeinden, die sich dazu verpflichten, bis zum Jahr 2050 ihre Treibhausgasemission um 95 Prozent und ihre Endenergie um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Eine sehr heterogene Gruppe von insgesamt 41 Kommunen nimmt inzwischen an dem Programm teil, darunter Stuttgart, Kiel, Potsdam, Frankfurt/Main, Kempten im Allgäu und Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen. Das Institut für Energie- und Umweltforschung hat die Masterpläne analysiert, die Kommunen bislang unter dem Motto „100 Prozent Klimaschutz“ vorgelegt haben. Die Analyse hat ergeben, dass durchaus einige Kommunen Suffizienz-Ideen umgesetzt haben.²⁹

Energie sparen: attraktiv gestalten

In Heidelberg beispielsweise wurde eine Wohnungstauschbörse angeregt, um Wohnraum effizienter zu nutzen. In Aachen bietet die Leitstelle „Älter werden“ Seniorinnen und Senioren Hilfe beim Wohnungstausch in kleinere Wohnungen an. Eine gemeinsame Nutzung von Räumen wie Küche, Keller und Freizeiträumen in innovativen Hausprojekten fordert Hannover in seinem Masterplan und hat

diese Idee in seiner Vision „Effizienzquartier“ aufgegriffen. In vielen Kommunen finden sich Ansätze, wie das Energiesparen für Bürgerinnen und Bürger attraktiver werden kann. So zum Beispiel beim Wiesbadener CO₂-Marathon, bei dem sich die Bürger*innen allein oder in Gruppen auf einer Homepage zu klimafreundlichen Entscheidungen verpflichten können. Gleichzeitig können sie dort einsehen, wie viel Energie und CO₂ sie und andere dadurch eingespart haben. Andere Städte bieten Anreize mithilfe von Gewinnspielen. Oder sie setzen auf Projekte an Schulen, wie die Fifty-Fifty-Projekte, bei denen die Hälfte des durch Verhaltensänderungen eingesparten Energiebudgets den Schulen zur freien Verfügung überlassen werden.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, Menschen zu motivieren, ihren Energieverbrauch zu senken – gute Initiativen, die es wert sind, gefördert zu werden.

Allerdings reichen diese Aktivitäten allein nicht aus. Das Ziel, den Energie- und Stromverbrauch absolut zu senken, muss zum grundlegenden Gedanken von Masterplänen und Strategien werden. Bund, Länder und Kommunen müssen klare Rahmenbedingungen setzen, um die Energiesparziele zu erreichen.



Herausforderung E-Mobilität

Potenziale von Suffizienzpolitik liegen auch in einer smarten und flexiblen Energieversorgung. Eine große energiepolitische Herausforderung liegt darin, die Entwicklung der E-Mobilität so zu gestalten, dass sie mit einer naturverträglichen Energiewende vereinbar bleibt (vgl. dazu Kapitel 1 Mobilität). Über diese Broschüre hinausgehend liegen entscheidende Potenziale für Suffizienz im Handlungsfeld Bauen und Flächenverbrauch.

BUND-Vorschläge für eine zukunftsfähige & suffiziente Kommunal- und Bundespolitik

Sowohl auf kommunaler als auch auf bundespolitischer Ebene sieht der BUND eine Vielzahl von Maßnahmen, die aus einer langfristigen Nachhaltigkeitsperspektive erforderlich sind. Eine klare Trennung von Effizienz- und Suffizienzansätzen ist dabei weder immer möglich, noch sinnvoll. Vielmehr gilt es, sie integriert voranzutreiben.

Auf die Plätze, Kommunen, los!

Verbindliche Ziele stecken: Kommunen müssen deutliche Signale setzen, denn sie spielen mit ihren realen Beiträgen und als „Labore für die Energiewende“ eine entscheidende Rolle als Vorreiterinnen. Jede Kommune sollte sich das verbindliche Ziel setzen, bis spätestens 2050 im Vergleich zu 1990 insgesamt mindestens 95 Prozent weniger Treibhausgase auszustoßen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste der Energiebedarf mindestens halbiert werden.

Stellt Masterpläne auf: Kommunen sollten eine ganzheitliche Strategie und ein Energiekonzept entwickeln, wie sie – in der Stadt, mit den privaten Haushalten, mit Gewerbe und Industrie – ihr Klimaziel erreichen, den Energieverbrauch verringern und den restlichen Bedarf durch erneuerbare Energien decken können.³⁰ Ob mit oder ohne Förderprogramm des Bundes: Jede Kommune kann einen „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ realisieren. Dabei gilt es, eng mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenzuarbeiten. Die Summe dezentraler Maßnahmen trägt entscheidend zur Energiewende bei. Projekte zur Energieeinsparung und -erzeugung lassen sich dabei gut verbinden.³¹



Der kommunale Gebäude-Check: Zunächst gilt es, die Energie-sparpotenziale in städteigenen Gebäuden und der öffentlichen Verwaltung auszuschöpfen – etwa durch Energiemanagementsysteme, bei denen auch das Verhalten der Mitarbeiter*innen einbezogen wird. Dazu gehören auch Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung und zum nachhaltigen Bauen und Sanieren.³² Dies gilt gleichermaßen für alle städtischen Unternehmen – hier und auch darüber hinaus kann die Stadt beraten, ermutigen, Kooperationen starten.

Bauleitplanung als Hebel: Auch eine auf Klimaziele ausgerichtete Bauleitplanung und Wärmepläne sind entscheidende Hebel, weil sie Anforderungen an einen geringen Wärmebedarf und die effiziente Energieversorgung durch erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung miteinander verbinden.

Akteure vernetzen – Sparen als Wettbewerb: Gleichzeitig können Kommunen die Akteur*innen der Stadt aktivieren (Haushalte, Gewerbe, Innungen, Politik, Architekt*innen, Universitäten, Kirchen). Sie können Unternehmensnetzwerke für Energieeffizienz gründen, bei denen auch Suffizienz-Aspekte behandelt werden, Energiespar-Wettbewerbe ausrufen, Kampagnen zum Thema durchführen oder Beratungen anbieten, die auch Suffizienz-Fragen aufgreifen. Kommunen können Bürger*innen Anreize zum Strom- und Wärme-Sparen liefern – wie beispielsweise in Heidelberg, wo die Ver-

Vorteile kommunizieren

Wichtig bei der Kommunikation mit den Bürger*innen in Bezug auf Suffizienz ist, dass die Vorteile der Maßnahmen für die Menschen klar erkennbar sind – lebenswertere Städte, ein gesünderes Leben oder mehr gemeinschaftliche Aktivitäten. Dies stärkt die Akzeptanz und lässt uns bestehende Denk- und Verhaltensmuster leichter überwinden.

braucher*innen von den Stadtwerken einen Energiesparbonus erhalten, wenn sie ihren Strombedarf senken. In Frankfurt/Main bekommen die Haushalte sogar eine Prämie von der Stadt selbst, unabhängig vom jeweiligen Stromanbieter.³³

Kommunen unterstützen Bürger*innen: Kommunen können Initiativen im Bereich Energiesparen und Energiesuffizienz unterstützen – und zwar finanziell, in der Öffentlichkeitsarbeit, mit Aktivitäten zur Vernetzung oder durch die Bereitstellung von Gemeinschafts- oder Arbeitsräumen.

Straßenlampen dimmen: Mit einer gelungenen Bürgerbeteiligung kann auch eine bedarfsgerechte Beleuchtung für Straßen und Schaufenster festgelegt werden – vielerorts bereits heute Standard. Beleuchtete Außenwerbung könnte reduziert oder besser noch ganz abgeschafft werden.



Ein Förderprogramm aus Hiddenhausen ist bundesweit erfolgreich: Bei „Jung kauft Alt“ ziehen junge Familien in leerstehende Häuser im Ortskern. Damit ist der Flächenverbrauch gestoppt und das junge Leben in alte Quartiere zurückgekehrt.

Wohnungstausch fördern: Last but not least können Kommunen den Umzug in kleinere Wohnungen fördern und mit Beratung und Umzugsprämien finanziell unterstützen. Sie können Wohnungstauschbörsen ins Leben rufen und gemeinschaftliches Wohnen fördern. Wichtig ist, für diese Angebote prominent zu werben und Akteure wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu beteiligen. Freilich können diese Aktivitäten auf Hindernisse stoßen, weil es bezahlbare kleinere Wohnungen in den Quartieren oft nicht oder nicht in ausreichender Zahl gibt. Zur Lösung dieses grundsätzlichen Problems dichter städtischer Wohnungsmärkte ist auch die Bundespolitik gefragt.

BUND-Vorschläge für eine zukunftsfähige Bundespolitik

Klare Energiesparziele: Auf bundespolitischer Ebene müssen verbindliche Energiesparziele für alle Sektoren beschlossen, zielführende Schritte benannt und verlässlich finanziert werden. Um die klimapolitischen Anforderungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, fordert der BUND bereits bis 2040 mindestens eine Halbierung des Primär- und Endenergieverbrauchs.³⁴

Energieverschwendung nicht länger fördern: Umweltschädliche Subventionen müssen konsequent abgebaut werden. Dazu würde im Energiebereich unter anderem die Vorgabe gehören, einem Unternehmen Preisvorteile nur dann zu gewähren, wenn es nachweislich Energie gespart hat.

Fonds einrichten: Die Bundesregierung sollte einen Energiesparfonds einrichten, um Energiespar- und Effizienzprogramme systematisch zu fördern. In diesem Zuge müsste eine Bundesstelle eingerichtet werden, die auf die Energiespar-Ziele verpflichtet ist, den Fonds bewirtschaftet, Programme auf ihre Wirksamkeit überprüft und nach Bedarf anpasst – sowie die Akteur*innen der Energiewende aktiv unterstützt.³⁵

EU-Obergrenzen für Stromfresser: Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass das Ziel der absoluten Energieeinsparung in den EU-Richtlinien für Ökodesign und für die Energieverbrauchskennzeichnung stärker integriert wird.³⁶ Dies kann zum Beispiel durch absolute Verbrauchsobergrenzen (wie bereits bei Staubsaugern) realisiert werden oder durch Anforderungen, die bei zunehmender Größe und Ausstattung immer strenger werden.

Verbrauchsarme Geräte vorn: Auch die nationale Top-Runner-Initiative, mit der die Bundesregierung energiesparenden Produkten zum schnelleren Durchbruch verhelfen will, muss weiterentwickelt und stärker auf Suffizienz-Aspekte ausgerichtet werden.³⁷

Produkte müssen reparierbar sein

Auch die längere Haltbarkeit von Produkten (z. B. durch modularen Aufbau für eine leichtere Reparierbarkeit) ist ein wichtiger Aspekt dieser Richtlinien – um Ressourcen zu sparen und den Energieverbrauch zu verringern, der durch die Herstellung von Produkten entsteht (vgl. Kapitel 2 Materialverbrauch senken).

Thema für die Schule

Auch in der schulischen und außerschulischen Bildung sollte das Thema Energiesparen eine viel wichtigere Rolle spielen. Das gilt gleichermaßen fürs Materialsparen, für unsere Ernährung und Mobilität.

Grenzen bedarfsgerechter Steuerung: Die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten für das Energiesparen, zum Beispiel lassen sich damit Heizungs- und Kühlungsanlagen bedarfsgerecht steuern. Mit der zunehmenden Vernetzung von Produkten – ob Kaffeemaschine oder Fernseher – und der steigenden Internetnutzung klettert allerdings auch der Stromverbrauch deutlich. Die Bundesregierung muss Szenarien vorlegen und Maßnahmen entwickeln, die den Mehrverbrauch bremsen, zum Beispiel im Rahmen der europäischen Richtlinien für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung.

Bund stützt Kommunen: Die Bundesregierung muss die Kommunen gezielt bei allen Maßnahmen zum Energiesparen unterstützen. Dazu zählt, das Programm „Masterplan-Kommunen“ auszuweiten – und die Bedeutung von Suffizienz dabei wirksam zu stärken – sowie Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen stetig zu fördern.

Lesbare Strom- und Gasrechnung: Die Bundesregierung sollte den Kommunen Unterstützung für Energieberatungen zukommen lassen und dafür sorgen, dass die Energieanbieter die Strom- oder Gasrechnungen verständlicher gestalten müssen.

Ziel klimaneutrale Häuser: Gebäudeeigentümer*innen werden mit der Einführung verbindlicher Sanierungsfahrpläne dabei unterstützt, ihr Gebäude klimaneutral zu machen. Die Beratung sollte den Umgang mit veränderten Haushaltsgößen und entsprechend verändertem Energiebedarf einschließen.

Der Mensch lernt nie aus: Die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sollte das Thema „Energie einsparen“ noch stärker berücksichtigen. So werden nicht selten überdimensionierte Heizungsanlagen eingebaut. Flexible Wohnkonzepte, die auf eine geringe Wohnfläche pro Kopf und viele Gemeinschaftsflächen ausgelegt sind, haben noch Seltenheitswert.

Umdenken im Handel anstoßen: Der Handel bewirbt lieber große und kurzlebige als bedarfsgerechte Produkte, von denen Nutzer*innen lange profitieren. Bundesregierung und Bundesländer sollten deshalb gemeinsam mit den Kammern und Berufsverbänden eine Qualifizierungsoffensive ausrufen, bei der neben Energieeffizienz auch die Energiesuffizienz eine Rolle spielt. Auch die Verbraucherzentralen und deren Beratungsangebote sollten dabei berücksichtigt werden.

Der erste Schritt...

... ist der Beschluss eines Klimaschutzgesetzes, das verbindliche und weitgehende Energiesparziele für alle Sektoren vorgibt und mit wirksamen Maßnahmen hinterlegt.

Suffiziente Top-Runner-Strategie: Auf europäischer Ebene soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, das Ziel der absoluten Energieeinsparung stärker in die EU-Richtlinien für Ökodesign und Energie-Verbrauchskennzeichnung (Effizienzlabel) zu integrieren. Es braucht eine Top-Runner-Strategie, die den absoluten Energieverbrauch stärker in den Fokus rückt und dem Trend zu immer größeren Produkten mit immer mehr Funktionen bei geringer Lebensdauer entgegenwirkt – denn dieser Trend schmälert jeden Effizienzgewinn!

Wohn- und Arbeitsfläche runter: Bund, Länder und Kommunen sollten gemeinsam Anstrengungen unternehmen, die Wohnfläche pro Kopf zu verringern. Erste Schritte auf Bundesebene: Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen bieten kaum Anreize, kleine Wohn- und Arbeitsflächen zu bauen und zu nutzen. So orientiert sich die Honorarordnung für Architekt*innen und Ingenieur*innen (HOAI) am Gesamtvolumen des Auftrags, statt eine effiziente und suffiziente Bauweise zu belohnen. Die KfW-Förderung berücksichtigt die Wohnfläche nur im Verhältnis zum Endenergieverbrauch und setzt keine gesonderten Anreize für Bau- und Sanierungsvorhaben, die Suffizienzaspekte berücksichtigen. Mit einem „Suffizienz-Check“ sollte eine systematische Analyse von Instrumenten erfolgen, wo Hemmnisse für das Wohnen auf kleinerer Fläche (mit Gemeinschaftsräumen) oder für Umzüge in kleinere Wohnungen etc. bestehen und wie die Politik Anreize dafür setzen kann.

Ausblick: Lebensstile ändern, ohne wirklich zu verzichten

Mit diesem Dossier haben wir eine Vielfalt und Vielzahl von politischen Vorschlägen entwickelt – wir stellen „gute“, also erprobte, praxistaugliche, umsetzbare und auch bezahlbare Beispiele vor und haben erste machbare Schritte skizziert. Wir haben Handlungsfelder ausgewählt, um Suffizienz konkret zu machen, um zu zeigen, welche politischen Rahmenbedingungen, Impulse und Anreize es braucht, um zukunftsfähige und Ressourcen schonende Lebensstile zu ermöglichen – und ermutigende gesellschaftliche Initiativen zu unterstützen.

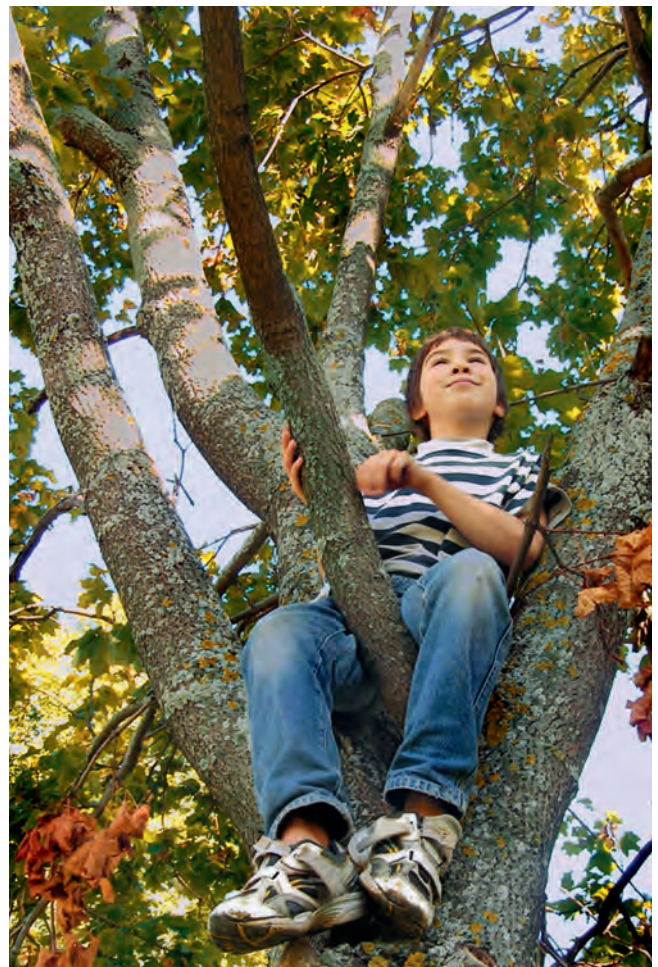
In städtischen Gärten, mit Reparatur-Cafés und Leihläden setzen sich zahlreiche Initiativen – darunter der BUND – landauf, landab für Entschleunigung, gemeinschaftliche Nutzung von Gütern und weniger Konsum ein. Diese Projekte sind wichtig: Auch wenn ihre Leistung als kleiner Beitrag erscheinen mag in Anbetracht der immensen Herausforderungen – sie machen Alternativen sichtbar und zeigen, was möglich ist. Sie stehen für einen Wertewandel in der Gesellschaft, der längst begonnen hat. Und sie bilden einen Kontrapunkt zum fortgesetzten Konsum und Anknüpfungspunkte für soziale Integration und bewährte Traditionen. Es gilt nun, diese Ansätze weiter zu verbreiten.

Auf wichtige Zukunftsthemen haben wir hingewiesen: Wie gestalten wir die Elektromobilität? Wie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung? Diese Fragen sind ausführlicher zu diskutieren, hier ist die Suffizienzperspektive essenziell: Die E-Mobilität von morgen ist mit der Zahl der Autos und mit den schweren, überdimensionierten Fahrzeugen von heute nicht mit einer naturverträglichen Energie-wende vereinbar.

Den Hype ums E-Auto sehen wir mit Sorge, da er von den zentralen und eigentlichen Problemen, wie wir sie in diesem Dossier beschrieben haben, nur ablenkt. Ohne wirkliches Umdenken, wie der Verkehr von morgen aussehen soll, und ohne Ideen dazu, was wir heute dafür tun können und müssen, tauschen wir nur den Motor. Das aber ist zu wenig, sprich: weder generationengerecht noch nachhaltig. Ohne Verkehrswende keine Mobilität von Dauer.

Auch die Frage, wie sich Suffizienz mit sozialer Gerechtigkeit verbinden lässt, ist weiter zu diskutieren: Welche Schritte sind nötig, damit wir zu besserer Gesundheit und Lebensqualität, zu Möglichkeiten der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe für alle Menschen beitragen? Denn ökologische Gerechtigkeit ist ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben – und umgekehrt.

Der BUND wird sich weiterhin intensiv mit dem Thema Suffizienz befassen, um den Wandel zu einer Gesellschaft zu erreichen, in der niemand auf Kosten anderer leben muss – auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder oder der Menschen im globalen Süden. Dafür müssen wir unsere Lebensstile verändern, und die politischen Rahmenbedingungen. Unverzichtbar ist aber auch die Abkehr von einer Politik, die nach wie vor mit oberster Priorität auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist.



Endnoten

- 1 www.bund.net/carsharing-bremen
- 2 Ein gutes Beispiel ist das Pendlerportal in Hessen: <http://main-kinzig-kreis.pendlerportal.de>
- 3 Autofreie oder „autoarme“ Wohnprojekte gibt es bereits in Freiburg, Münster, Köln, Hamburg, München, Kassel, Bremen, Berlin, Frankfurt a.M., Karlsruhe, Aachen und Düsseldorf. Vgl.: www.autofrei.de. Gute Beispiele für eine geänderte Stellplatzverordnung liefern Hamburg, München, Stuttgart – mehr dazu siehe BUND-Kurzstudie „Kommunale Suffizienzpolitik: Strategische Perspektiven für Städte, Länder und Bund“
- 4 2017 hat die Bundesregierung nach 13 Jahren der Diskussion ein Carsharing-Gesetz verabschiedet, das die Privilegierung von Carsharing-Parkplätzen im öffentlichen Raum ermöglicht, wenn auch in abgeschwächter Form.
- 5 Informationen zum nationalen Radverkehrswegeplan: <https://nationaler-radverkehrsplan.de>
- 6 Dafür sind die vorhandenen Investitionsmittel „Aus-, Umbau von Bundesstraßen“ zweckentsprechend zu nutzen, um die Verkehrssicherheit und Lebensqualität zu verbessern und zugleich Abgase, Lärm und Erschütterung massiv zu reduzieren. Die Kosten würden sich innerhalb von 15 Jahren auf etwa 1,5 Mrd. belaufen, weniger als ein Zehntel dessen, was für den Bau der Ortsumfahrungen ausgegeben wird.
- 7 www.reparatur-initiativen.de/post/broschuere
- 8 In ihrem Koalitionsvertrag hat sich etwa die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin bereits das Leitbild "Zero Waste" gegeben und sich damit das Ziel gesetzt, Abfall so weit wie möglich zu reduzieren. Mehr zu dem Leitbild siehe www.zerowasteurope.eu
- 9 Wenn Softwareupdates, Apps u.a. auf den vorhandenen, intakten, aber „veralteten“ Geräten nicht mehr betrieben werden können, führt dies dazu, dass die Hardware unbrauchbar wird. Derzeit haben etwa Smartphones daher laut EU-Angaben eine durchschnittliche Lebensdauer von nur ein bis zwei Jahren.
- 10 <http://runder-tisch-reparatur.de>
- 11 Beispiel Brasilien: Im Jahr 2016 hat Gentech-Soja einen Anteil von über 96 Prozent der gesamten Sojaproduktion erreicht.
- 12 www.destatis.de
- 13 Die Zahl der Betriebe ist seit 2010 um etwa 5 % zurückgegangen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).
- 14 www.boelw.de/fileadmin/pics/Bio_Fach_2017/ZDF_2017_Web.pdf
- 15 www.solidarische-landwirtschaft.org; <http://ernaehrungsraete.de/>
- 16 Übersicht zu den über 90 „essbaren Städten“ in Deutschland: www.essbare-stadt-minden.de/wissenswertes/links-essbare-stadte
- 17 www.biostaedte.de/bio-staedte/nuernberg.html
- 18 <http://buendnis-bremen.de/>
- 19 www.essbare-stadt-minden.de/wissenswertes/links-essbare-stadte; www.mundraub.org/kommunen
- 20 www.bund.net/teures-billigfleisch
- 21 Anstieg des Stromverbrauchs seit 1991 um durchschnittlich 0,3 Prozent; vgl. www.ag-energiebilanzen.de
- 22 Vgl. Umweltbundesamt
- 23 Erstmals festgelegt im Energiekonzept der Bundesregierung (2010)
- 24 Stellungnahme der Expertenkommission zum 5. Monitoringbericht zur Energiewende www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/V/fuenfter-monitoring-bericht-energie-der-zukunft-stellungnahme.pdf
- 25 Z.B. BUND-Position „Energieeffizienz im Wärme- und Strombereich“ und „13 Maßnahmen gegen Energieverschwendung im Heizungskeller“
- 26 https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2016/12/energiesuffizienz_endbericht.pdf (Seite II)
- 27 www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/entwicklung-des-ikt-bedingten-strombedarfs-in-deutschland-abschlussbericht.pdf
- 28 www.klimaschutz.de/förderung/masterplan-kommunen; www.masterplan100.de
- 29 https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2015/09/suffizienz_kommunal-final_1509281.pdf
- 30 Bei der Erstellung eines regionalen Energieszenarios hilft zum Beispiel das Werkzeug www.wattweg.net.
- 31 Vgl. BUND-Studie „Energiesparen in Bürgerhand“
- 32 Vgl. zum Beispiel „Leitlinien für wirtschaftliches Bauen“ der Stadt Frankfurt www.energiemanagement.stadt-frankfurt.de
- 33 https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2015/09/suffizienz_kommunal-final_1509281.pdf (S. 39); www.frankfurt-spart-strom.de; www.stromspar-check.de
- 34 Siehe BUND-Energiekonzept
- 35 Vgl. BUND-Stellungnahme zum Grünbuch Energieeffizienz, v.a. zum Thema „Efficiency First“, Oktober 2016
- 36 Ökopol im Auftrag des BUND (2014) „Ende der Verschwendung: Absolute Energieeinsparungen in den Richtlinien für Ökodesign und Verbrauchskennzeichnung verankern.“
- 37 Mit der „Nationalen Top-Runner-Initiative“ unterstützt das Bundeswirtschaftsministerium die Verbreitung effizienter Produkte auf nationaler Ebene durch produktbezogene Einkaufshilfen und Energiespartipps für Verbraucher*innen, durch Dialoge mit dem Handel und Workshops, die zur Herstellung innovativer Produkten anregen sollen (mehr unter www.ntri.de). Diese Aktivitäten müssen fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Infografiken:

- S. 5: Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016
- S. 6: Der gesellschaftliche Nutzen des Radfahrens wird von mehreren Studien belegt, allerdings variieren die Ergebnisse bei der Höhe des Betrags. Hier dient als Grundlage die Rechnung der Stadtplaner in Kopenhagen, Süddeutsche Zeitung (12.5.2017).
- S. 11: Bitkom, 2013
- S. 15: Forschungsinstitut für biologischen Landbau (2017) im Auftrag von Greenpeace: www.greenpeace.de/agrarwende2050. Die Forscher*innen gehen bei dem Szenario der „großen Ernährungswende“ von 76 Millionen Einwohnern in 2050 aus, von denen sich 6,08 Mio. vegan, 16,72 Mio. vegetarisch, 34,2 Mio. flexitarisch und 19 Mio. fleischbetont ernähren. Hier abgebildet ist beispielhaft der veränderte durchschnittliche, wöchentliche pro-Kopf-Verzehr (in Gramm).
- S. 19: www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/wohnen/wohnflaeche (Stand 2016)



**Mehr zu den Themen Nachhaltigkeit und Suffizienz beim BUND:
www.bund.net/nachhaltigkeit · www.bund.net/suffizienz**